

Einkommensungleichheit: Mütter verdienen 3.000 Euro weniger als Männer!

Einkommensbericht 2024 zeigt Diskriminierung von Müttern auf. Freiheitliche fordern Lohngerechtigkeit und Unterstützung für Familien.

Österreich - Am 25. April 2025 hat der Einkommensbericht des Rechnungshofs für das Jahr 2024 auf gravierende Mängel in der Einkommensgerechtigkeit in Österreich hingewiesen. Der Bericht zeigt, dass Frauen im Durchschnitt nur 88% des Einkommens von Männern verdienen. Alexander Petschnig, Nationalratsabgeordneter der Freiheitlichen Partei, hebt hervor, dass dies ein signifikantes Problem darstellt, das nicht nur zwischen den Geschlechtern besteht, sondern auch Mütter besonders diskriminiert.

Petschnig betont die Notwendigkeit, die Lebensrealitäten von Müttern zu berücksichtigen, da diese im Schnitt jährlich 3.000 Euro weniger verdienen als ihre nicht-mütterlichen Kolleginnen. Diese Lücke wird teilweise durch außerberufliche Verpflichtungen sowie Unterschiede in den Branchen erklärt, in denen Frauen arbeiten. Obwohl es Initiativen zur Unterstützung von Müttern gibt, sind viele davon in der politischen Diskussion abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben worden, erklärt Petschnig weiter.

Ungerechte Lohnunterschiede zwischen Geschlechtern

Der Gender Pay Gap in Österreich betrug laut den Daten von

2021, wie von der Gleichbehandlungsanwaltschaft hervorgehoben, 18,8%. Im Vergleich dazu liegt der EU-Durchschnitt bei 12,7%. Der Unterschied in den Einkommen basiert nicht vollumfänglich auf sachlich erklärbaren Faktoren. Ein erheblicher Teil bleibt unangemessen und diskriminierend gegenüber Frauen, was die Herausforderungen, mit denen Mütter konfrontiert sind, noch verstärkt. Der unbereinigte Gender Pay Gap spiegelt zudem strukturelle Ungleichheiten wie die häufigere Teilzeitarbeit von Frauen wider.

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft hebt zudem hervor, dass Unternehmen mit mehr als 150 Beschäftigten alle zwei Jahre einen anonymisierten Einkommensbericht vorlegen müssen, der eine transparentere Einsicht in die Verdienststrukturen ermöglichen soll. Die Berichte sollen eine Grundlage für betriebliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohndiskriminierung bieten.

Forderungen nach Veränderungen

Petschnig kritisiert, dass viele politische Parteien zwar für Einkommensgerechtigkeit plädieren, jedoch keine konkreten Maßnahmen zur Unterstützung von Müttern ergreifen. Dies führe zu einem weiteren Anstieg der Ungleichheit und einem mangelnden Verständnis für die Herausforderungen, die Eltern im Berufsleben begegnen. Er fordert die Regierungsparteien auf, Maßnahmen zur Anerkennung der Lebensleistungen von Eltern, insbesondere Müttern, zu ergreifen.

Diese Diskussion über Lohnungleichheit wird nicht nur durch den Gender Pay Gap bestimmt, sondern auch durch zusätzliche Faktoren wie den Gender Employment Gap und den Gender Hours Gap. Diese verschiedenen Aspekte der Verdienstungleichheit müssen zusammen betrachtet werden, um eine umfassende Lösung anzustreben, die auch Fachkräftemangel und das Thema Pensionssicherheit angeht.

Zusammenfassend verdeutlicht der Einkommensbericht die

bestehenden Ungerechtigkeiten in der Bezahlung, die nicht nur Frauen, sondern insbesondere Mütter benachteiligen. Die Argumente von Alexander Petschnig stellen die dringende Notwendigkeit von politischen Maßnahmen zur Behebung dieser Probleme in den Vordergrund, um eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at• www.destatis.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at